

Prüfungsfach	Examinator	Fragestellung	Antwort
Bern. Staats- und Verwaltungsrecht	Jäger	<p>SV: Mit der neuen Revision des BauG sollen maximal 7% aller Häuser im Kanton Bern als erhaltens- oder schützenswert gelten. Herr Meier hat ein schützenswertes Stöckli und will dieses umbauen. Er will, dass sein Stöckli nicht mehr schützenswert ist. Der Verein Freunde an Denkmäler will diese Revision anfechten.</p> <p>Was kann der Verein nun tun?</p> <p>Wie soll Herr Meier vorgehen?</p> <p>Wie ist das Verfahren, wenn man eine Beschwerde gegen die Revision einreichen will?</p> <p>Wie ist die Frist?</p> <p>Was sind die Voraussetzungen, damit der Verein zur Beschwerde befugt ist?</p> <p>Wann sind die Mitglieder vom Erlass selber betroffen?</p> <p>Ist dies vorliegend der Fall?</p> <p>Ab wann läuft die Beschwerdefrist?</p> <p>Wie ist die Rechtswirkung des Inventars?</p> <p>Könnte man als Anwalt beide Mandate annehmen?</p>	<p>Sie kann ein Gesetzesreferendum ergreifen oder die Revision einer abstrakten Normenkontrolle unterziehen.</p> <p>Im kantonalen Recht sind aber nur abstrakte Normenkontrollen von kommunalem Recht geregelt. Gegen kantonale Erlasse ist es im BGG geregelt.</p> <p>Es besteht kein dringender Handlungsbedarf. Es ist jedoch fraglich, ob sein Stöckli ausserhalb dieser 7% ist oder nicht.</p> <p>Es richtet sich nach BGG 82.</p> <p>30 Tage</p> <p>Eine egoistische Verbandsbeschwerde ist dann möglich, wenn der Verein,</p> <ul style="list-style-type: none"> - selber prozessfähig ist - den Zweck in den Statuten verankert hat. - Die Mehrheit seiner Mitglieder selber vom Erlass betroffen ist. <p>Wenn sie selber Beschwerde erheben könnten.</p> <p>Eher nein, da kaum die Mehrheit der Mitglieder selber inventarisierte Liegenschaften besitzt.</p> <p>Ab amtliche Publikation (bernische amtliche Gesetzessammlung)</p> <p>Es ist behördenverbindlich.</p> <p>Man könnte beide beraten, da es unterschiedliche Verfahren sind.</p>

Prüfungsfach	Examinator	Fragestellung	Antwort
Strafprozessrecht	Zuberbühler	X wurde wegen sexueller Nötigung verurteilt.	
		Gibt es bei einem Berufungsverfahren vor dem Obergericht ein neues Beweisverfahren?	Nur wenn es eines braucht.
		d.h. wann?	Wenn z.B. der Sachverhalt angefochten ist.
		Was muss man in der Berufungsschrift erwähnen?	Man muss erwähnen welcher Teil des Urteils angefochten wird. Dies muss man begründen und man muss die Rechtsgrundlage benennen.
			Gemäss Art. 405/406 stopp kann das Verfahren auch ausschliesslich schriftlich sein.
		Was ist die Folge von Art. 406 Abs. 3 StPO?	Man muss innert 10 Tagen die Berufung erklären. Anschliessend muss man innert 20 Tagen ab Erhalt der schriftlichen Urteilsbegründung die Berufungsbegründung einreichen.
		Was passiert nach der Berufungsbegründung?	Im vorliegenden Fall steht es Aussage gegen Aussage. Daher wäre es interessant die Personen nochmals anzuhören und zu sehen.
		X soll nochmals angehört werden. Jedoch nur schriftlich. Kann man eine persönliche Anhörung verlangen?	Man kann einen entsprechenden Beweisantrag stellen. Wird dieser abgelehnt, so wäre der Zwischenentscheid anfechtbar.
		Wann wäre die Beweisabnahme zwingend?	Gemäss stopp 406, wenn der SV bestritten ist und es auf die Aussagen der jeweiligen Personen ankommen würde.
		Kann auch ein Zeuge nochmals aussagen müssen?	Es können keine Tatsachen vorgebracht werden, die nach dem Urteil gesagt werden.
		Bis wann kann der Beweisantrag gestellt werden?	
		SV Ergänzung: Staatsanwaltschaft will eine psychiatrische Begutachtung. Der Klient will das nicht. Kann man sich nun wehren?	Der X hat bestimmte Mitwirkungspflichten. X hat aber auch ein Aussageverweigerungsrecht gemäss stopp 113, falls er sich möglicherweise selber belasten kann.
			Die Gutachterin muss gemäss Art. 185 Abs. 5 StPO auf das Aussageverweigerungsrecht hinweisen.
		Die Gutachterin unterlässt den Hinweis. Was nun?	Der Beweis ist nicht verwertbar.
		Die Privatklägerin will eine stationäre Massnahme. Wie kann sie das bewirken?	Die Privatklägerin kann dies beantragen.

		Was sind die Rechte der Privatklägerin?	Teilnahmerecht Akteneinsichtsrecht Antragsrecht
		Darf beim psychologischen Gutachten der Verteidiger anwesend sein?	Nein, das würde dem Sinn des Gutachtens widersprechen.

Prüfungsfach	Examinator	Fragestellung	Antwort
ZPO/SchKG	Rüetschi	SV: Ehefrau und Ehemann betreiben ein Fitnessstudio. Der Ehemann ist der Mieter der Räumlichkeiten. Die Fitnessgeräte zu Miteigentum beiden Ehegatten. Der Mieter bezahlt den Mietzins nicht mehr.	
		Welche Möglichkeiten stehen dem Vermieter allgemein zu?	Grundsätzlich steht im die Betreuung offen. Ebenfalls besitzt er ein Retentionsrecht an den im Mietobjekt sich befindenden beweglichen Sachen. Geregelt ist das im OR und SchKG
		Gibt es Einschränkungen?	Ja, das Retentionsrecht besteht nur im Zusammenhang mit der Vermietung von Geschäftsräumen, weitere Einschränkungen im OR.
		Wie kann das Retentionsrecht geltend gemacht werden?	Beim Betreibungsamt mittels Gesuch. Man führt bei der Betreuung eine Liste mit den entsprechenden Gegenständen auf.
		Wie muss man das Rechtsbegehren stellen?	Man muss die Pfandverwertung beantragen. Da nur dies möglich ist, spart man sich das Fortsetzungsbegehren.
		Wie kann sich der Vermieter wehren?	Der Vermieter kann Rechtsvorschlag gegen den Zahlungsbefehl erheben. Der Vermieter müsste dann Rechtsöffnung verlangen. Der Mietvertrag dient dabei als prov. Rechtsöffnungstitel.
		Bezieht sich der Rechtsvorschlag nur gegen die Forderung?	Nein, auch als Einwendung gegen die aufgelisteten Gegenstände, an denen Miteigentum besteht.
		Angenommen der Rechtsvorschlag ist beseitigt. Wie geht es weiter?	Der Vermieter kann nun die Pfandverwertung verlangen.
		Wo ist das geregelt?	SchKG 154, die Verwertung muss innert 12 Monaten verlangt werden.
		Alle Fitnessgeräte befinden sich auf der Pfändungsliste. Die Ehefrau (Miteigentümerin) will sich wehren. Wie kann sie das?	Sie kann sich im Verwertungsverfahren wehren. Sie kann einen Drittspruch geltend machen. D.h. sie verlangt die Herausgabe der Sachen nach SchKG 107 oder 108. Das Betreibungsamt muss dann feststellen, ob die Sachen nicht im ausschliesslichen Gewahrsam des Mieters sind.
		In welchem Verfahren kann sie das geltend machen?	Im Widerspruchsverfahren gemäss Art. 155 SchKG (neg./pos. Feststellungsklage?). Die Verwertbarkeit beurteilt sich nach Art. 107/108 SchKG.
		Das Betreibungsamt setzt eine falsche Frist. Wie kann sich die Ehefrau dagegen wehren?	Mittels Betreibungsbeschwerde gemäss Art. 117 SchKG. Innert 10 Tagen seit Kenntnis.

		<p>Wer ist die zuständige Behörde?</p> <p>Wo ist die Aufsichtsbehörde eingegliedert?</p> <p>Die Aufsichtsbehörde weist die Beschwerde ab. Was nun?</p> <p>Was gibt es da für eine Frist?</p> <p>Das Betreibungsamt verkauft die Fitnessgeräte für nur 15'000.00. Der Wert wäre etwa 180'000.00 gewesen. Kann sich die Ehefrau wehren?</p>	<p>Die Aufsichtsbehörde.</p> <p>Im Obergericht des Kantons Bern. Vgl. EG SchKG 10, GSOG 35 III</p> <p>Es ist eine Beschwerde in Zivilsachen an das BGer möglich.</p> <p>In casu nur 10 Tage.</p> <p>Ja, gemäss Art. 5 SchKG. Es betrifft die Staatshaftung und ist daher ein Verwaltungsverfahren.</p>
--	--	---	--

Prüfungsfach	Examinator	Fragestellung	Antwort
Steuerrecht	Giger	<p>SV: T ist Alleinaktionär der A AG und der S AG. Die A AG ist betrieblich aktiv. Die S AG hat die Tätigkeit eingestellt. Es befinden sich nur noch Immobilien in der AG.</p> <p>Was Fällt in der Bilanz auf?</p> <p>Wie entstehen diese Reserven?</p> <p>Früher war der Jahresgewinn immer so 2-300'000.00. Nun plötzlich 7 Mio. Wie kann das sein?</p> <p>Was gibt es für Arten von Realisierung von stillen Reserven?</p> <p>Was passiert steuerlich, wenn 1 Mio. an den T ausgeschüttet wird.</p> <p>Die S AG wird an die C AG. Letztere ist von T unabhängig.</p>	<p>Hohe Reserven, kleines AK.</p> <p>Einerseits von Gewinnreserven, andererseits von Kapitaleinlagereserven.</p> <p>Kapitaleinlageprinzip -> Kapitalrückzahlung gemäss DBG 20 III</p> <p>Stille Reserven wurden realisiert.</p> <p>Es gibt drei Arten: echte Realisierung, buchmässige (z.B. Aufwertung von Liegenschaften) oder steuermässige Realisierung (z.B. bei einem Wegzug DBG (??) 18 II).</p> <p>Die echte Realisierung liegt definitionsgemäss vor, wenn die drei Elemente erfüllt sind:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Auslösung aus den Aktiven - Gegen Entgelt - Und das Entgelt frei verfügbar ist. <p>Es wird eine Verrechnungssteuer von 35% erhoben. Diese muss die Gesellschaft direkt bezahlen. 650'000.00 fliessen an den Aktionär, 350'000.00 an die Steuerverwaltung.</p> <p>Der Steuerbetrag von 350'000.00 wird auf den Aktionär überwält. Dieser Erhält er zurück, wenn er</p> <ul style="list-style-type: none"> - Wohnsitz in der Schweiz hat (bei Fälligkeit) - Die 1 Mio. deklariert wurde (z.B. als Dividende, Liquidationsüberschuss) - Recht zur Nutzung <p>Einkommen aus Beteiligung ist in DBG 20 I c geregelt. Der Anteil der Beteiligung muss dabei mindestens 10% betragen. Beim Bund sind somit nur 60% zu versteuern. Beim Kanton Bern das ganze Einkommen zum halben Steuersatz.</p> <p>Ein Verkauf an einen Dritten ist eine indirekte (Teil)Liquidation.</p>

		Fällt im kt. Bern die Grundstückgewinnsteuer an?	Ja, weil es vorliegend ein indirekter Verkauf ist. Man spricht dabei von einer wirtschaftlichen Handänderung gemäss Art. 130 Abs. 2 StG.
--	--	--	--